

## Vorwürfe gegen Credit Suisse

### Rundumschlag von US-Senator Levin

26.02.2014



Der demokratische Senator Carl Levin fordert ein härteres Vorgehen der USA gegen Schweizer Banken. (Bild: Joshua Roberts / Reuters)

**Die Credit Suisse hat laut einem Bericht des US-Senates jahrelang Amerikanern geholfen, Steuern zu hinterziehen. Der Schweiz wird mangelnde Kooperation und der US-Justiz Beisshemmung vorgeworfen.**

*Christoph Eisenring, Washington*

Die Credit Suisse (CS) habe über Jahre ähnlich wie die UBS Amerikanern geholfen, Geld vor dem Fiskus zu verstecken. Diese Schlussfolgerung zog der demokratische Senator Carl Levin am Dienstag bei der Präsentation eines Untersuchungsberichts des Senats. Er bildet die Basis für ein Hearing, an dem am Mittwoch der Chef der CS, Brady Dougan, sowie Vertreter des US-Justizministeriums aussagen werden.

2006 habe die CS 22 000 US-Kunden gehabt mit Vermögen, die 12 Mrd. Fr. überstiegen, heisst es im Dokument. Etwa 10 000 Kunden sollen bei der Filiale am Flughafen Zürich domiziliert gewesen sein. Die Kommission schätzt, dass der grösste Teil – 85% bis 95% aller Konti – unbesteuerbare Gelder waren. Der Umfang des inkriminierten Geschäfts dürfte an der morgigen Anhörung ein Streitpunkt sein. So wird in einer Anklage der US-Justiz gegen sieben CS-Banker aus dem Jahr 2011 der Umfang der undeckelten Gelder bei der CS auf 4 Mrd. \$ veranschlagt. Die Schätzung ist deshalb wichtig, weil davon auch eine allfällige Busse gegen das Institut abhängt. Eine Strafzahlung wird Bestandteil eines Deferred Prosecution Agreement sein, über das die CS derzeit mit der US-Justiz verhandelt.

Ausser dieser geschätzten Zahl förderte die Präsentation jedoch wenig grundsätzlich Neues zutage. Das hat damit zu tun, dass die CS ab Herbst 2008 aus dem Offshore-Geschäft ausstieg. Gewisse Verfehlungen der CS sind zudem seit der am Freitag publizierten Verfügung der amerikanischen Börsenaufsicht SEC bekannt (vgl. Artikel Seite 27). So waren über Jahre CS-Banker in die USA gereist und hatten Kunden ohne entsprechende Bewilligung beraten. Auch das Aufteilen grosser Überweisungen auf Portionen von weniger als 10 000 \$, um nicht entdeckt zu werden, ist etwa in den Anklagen gegen sieben CS-Banker aus dem Jahr

2011 dokumentiert. Die Bank habe zudem über eine Liste mit Treuhändern verfügt, die Amerikanern halfen, Offshore-Konstrukte zu eröffnen, um Geld zu verstecken, hiess es.

Der Unmut von Levin und von Senator John McCain, dem ranghöchsten Vertreter der Republikaner in der Kommission, richtete sich auch darauf, dass bei der Bank für das «schändliche Geschäftsmodell» (McCain) bisher niemand Verantwortung habe übernehmen müssen. Lediglich eine Klage gegen «mittlere Chargen» – gemeint sind die sieben CS-Banker – sei angestrengt worden. So seien US-Kunden nicht nur von einem spezialisierten Desk, sondern verstreut von über 1800 Kundenberatern bedient worden. McCain bezweifelt jedenfalls, dass angesichts der vielen involvierten Personen vom Management niemand Bescheid wusste. Dass wohl die allermeisten dieser Kundenberater weder Schweizer Gesetze noch das Qualified-Intermediary-Abkommen mit den USA verletzt haben, schert amerikanische Politiker nicht.

Unzufrieden sind die beiden Senatoren auch mit den bisherigen Ergebnissen im Steuerstreit mit der Schweiz. Von den geladenen Vertretern der US-Justiz wollen die Senatoren wissen, weshalb sie bei der CS und den anderen 13 Banken, gegen die ermittelt wird, nicht ähnlich aggressiv vorgehen wie bei der UBS. Der Fall UBS habe immerhin dazu geführt, dass Besitzer von 4700 Konti mit undeklarierten Geldern identifiziert worden seien. Dagegen habe man von den CS-Kunden bisher lediglich 238 Namen über die Amtshilfe erhalten. Der Vorwurf über die «unkooperative Schweiz» durfte denn auch nicht fehlen. Dass erst wenige Daten geliefert wurden, liegt jedoch primär an den USA. So wird das revidierte Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz, das auch Amtshilfe bei Steuerhinterziehung zulassen würde, von Senator Rand Paul seit langem blockiert. Ironischerweise steht dazu ebenfalls am Mittwoch eine Anhörung vor einer anderen Senatskommission an.

mbe. Berlin · Die Grossbank UBS ist laut einem deutschen Medienbericht bereit, rund 200 Mio. € für einen Vergleich mit den deutschen Behörden zu zahlen. Dies meldete am Dienstag die «Süddeutsche Zeitung». Es war bekannt, dass die Grossbank mit der deutschen Justiz über einen Vergleich verhandelt, um den Ermittlungen wegen vermuteter Beihilfe zur Steuerhinterziehung ein Ende zu setzen. Neu ist allein die Nennung einer Summe.

Allerdings muss man davon ausgehen, dass der Betrag noch nicht spruchreif ist. Die Gespräche zwischen der UBS und der zuständigen Staatsanwaltschaft Bochum stehen offenbar noch nicht unmittelbar vor dem Abschluss, über die Höhe des Vergleichs wird weiter gefeilscht. Bei der UBS dürfte man froh sein, wenn die Angelegenheit noch in diesem Jahr bereinigt werden kann und wenn die Vergleichssumme tatsächlich in der Nähe von 200 Mio. € liegen wird. Bis spätestens Ende 2014 will die Bank auch dafür sorgen, dass alle deutschen Kunden ihre Situation bereinigt haben – etwa mittels Selbstanzeige.

Im Steuerstreit mit Deutschland ist bisher noch keine Bank um einen Vergleich herumgekommen, wenn umfangreiche Informationen über Kunden auf einer gestohlenen Bankdaten-CD aufgetaucht waren. Die Bank Julius Bär zahlte 50 Mio. € die Credit Suisse 150 Mio. € die liechtensteinische LGT ebenfalls 50 Mio. € Im Gegenzug wurden jeweils alle hängigen Verfahren gegen Bankmitarbeiter eingestellt. Die UBS geriet ins Visier, nachdem das Bundesland Nordrhein-Westfalen im Sommer 2012 eine Bankdaten-CD mit Informationen zu Kunden der Grossbank erworben hatte. Der Datenträger enthielt Angaben zu rund 750 Stiftungen und 550 Fällen anderer Kapitalanlagen mit einem Anlagevolumen von über 3,5 Mrd. Fr. Seither ist es zu umfangreichen Ermittlungen gegen die betroffenen Steuersünder gekommen. Daneben wurden deutsche UBS-Filialen und Wohnungen von

Bankmitarbeitern durchsucht. Die Staatsanwaltschaft Bochum bekräftigte am Dienstag, die Ermittlungen gegen die UBS und ihre Mitarbeiter liefen noch.